Nummer 566

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Ziegler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sports Herbert Reintzes sämtlich in Berlin.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil Christian Hagen, Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 74. Jahrgang Montag, 3. Dezember 1928

Zunehmende Herzschwäche König Georgs.

Sauerstoffzuführung.

London, 3. Dezember.

Wie verlautet, hat man im Laufe der Nacht dem König kleine Mengen Sauerstoff zugeführt. Dies wird als ein sehr ernstes Zeichen betrachtet.

In einer späteren Nachricht wird bestätigt, daß im Verlaufe der Nacht dem König kleine Sauerstoffmengen zugeführt wurden. Es wird jedoch im Schloß versichert, daß dies nichts alarmierendes sei, das Sauerstoffzuführungen in solchen Fällen ein ganz gewöhnliches Verfahren seien.

Das heute um 10.30 Uhr ausgegebene Bulletin besagt, daß der König seit der letzten Mitteilung drei Stunden ruhigeren Schlafes genossen hat und daß das Allgemeinbefinden sich leicht gebessert hat.

*

Wir berichteten schon in unserer Sonntagausgabe von der neuen Verschlimmerung im Befinden König Georgs, die zur entscheidenden Krise treibt. Das am Sonntag abend herausgegebene Bulletin besagt:

Der König hatte im Laufe des Tages einen ruhigeren Schlaf. Der Infektionsprozeß hat sich weiterhin vermindert und die Temperatur am heutigen Abend betrug 37,77. Zugleich ist aber eine Verminderung der Herztätigkeit zu verzeichnen, die Besorgnis verursacht.

Angesichts des Ernstes im Befinden des Königs wurde in der Nacht zum Montag um 12.30 Uhr ein weiterer Krankheitsbericht ausgegeben, der diesmal nicht von zwei, sondern von vier Aerzten unterzeichnet ist, wodurch die schwere Sorge unterstrichen wird, die das Befinden auch den Aerzten verursacht.

Der König hat während der letzten drei Stunden etwas Schlaf genossen. Eine weitere Konsultation bestätigt die in dem letzten Bulletin zum Ausdruck gebrachte Ansicht, und trotz der Besserung in der Lunge besteht weiterhin Sorge bezüglich der Stärke des Herzens.

Die Aerzte waren in der Nacht bis gegen 4 Uhr am Krankenlager. Auch der Herzog und die Herzogin von York weilten mit der Königin und der Prinzessin Mary im Buckingham-Palast. Der Prinz von Wales hat sich Sonntag vormittag programmäßig an Bord des Kreuzers „Enterprise" eingeschifft. In Alexandria erwartet ihn der Kreuzer „Frobisher".

Wachsende Erregung in Italien gegen Frankreich.

Scharfe Sprache gegen Poincaré

EP Rom, 2. Dezember.

Aus ganz Italien werden neue Protestkundgebungen von Studenten gegen das Urteil im Prozeß Modugno gemeldet. Außerdem haben zahlreiche Offiziere ihre im Kriege von der französischen Regierung erhaltenen Auszeichnungen und Orden zurückgeschickt, darunter Graf Ottolenghi aus Alexandria und Graf Sabini aus Fiorenz.

In Mailand und mehreren anderen Städten veranstalteten die Studenten, Frontkämpfer und Kriegsinvaliden große Umzüge. Ueberall wurden gegen Frankreich, das von Italien vor der deutschen Uebermacht gerettet worden sei, Protestrufe ausgestoßen. In Rom ist der Sonntag ruhig verlaufen. Am Vormittag fanden kleine Umzüge statt.

Poincarés Anspielung auf Italien als einem Lande mit imperialistischen Bestrebungen findet in der italienischen Presse ein nachhaltiges Echo. Das „Giornale d'Italia" verlangt vom französischen Ministerpräsidenten genaue Aufklärung über die Bedeutung und Adresse seines merkwürdigen Ausdruckes über ein Land mit imperialistischen Bestrebungen, das in Syrien an Stelle Frankreichs treten würde, wenn Frankreich sein Mandat aufgeben sollte. „Wir erklären laut, daß der Name Italien nicht von einer fremden Regierung für ihre parlamentarischen Manöver mißbraucht werden darf.

Die Geste Poincarés ist ein geschickter Versuch, um den wahren französischen Imperialismus zu verdecken.

Die offiziöse „Tribuna" schreibt: Italien hat keine Schritte unternommen, um das Mandat über Syrien an Stelle Frankreichs zu erlangen. Es besteht nicht einmal eine aktuelle Pressepolemik über diese Frage, die eine solche Anspielung rechtfertigen würde. Diese Anspielung aus dem Mund eines voraussichtlich verantwortlichen Ministerpräsidenten ist unzulässig, da er nur das Recht hat, tatsächliche Begründungen und Rechtfertigungen zu gebrauchen. Der Schritt des französischen Ministerpräsidenten widerspricht jeder guten internationalen Gepflogenheit und jeder loyalen Absicht zur Erhaltung guter Beziehungen zwischen Italien und Frankreich.

Aufstand in Afghanistan?

Gegen die Modernisierungsbestrebungen des Königs.

EP London, 3. Dezember.

Aus Kabul wird gemeldet, daß im Süden von Afghanistan mehrere Stämme sich empört haben, um gegen die Modernisierungsbestrebungen des Königs zu protestieren. Die Straße von Kabul nach Patschawar ist unterbrochen, da sie von den Aufständischen besetzt worden ist. In Jebelabad und Dakka ist der Belagerungszustand verhängt worden. Der König versucht, mit den Aufständischen zu verhandeln, um Blutvergießen zu vermeiden.

Das Ende des Ruhrkampfes

Auch die Gewerkschaften nehmen Severing als Schlichter an. Die Industrie öffnet die Betriebe.

Nachdem die Arbeitgeber der nordwestlichen Eisenindustrie bereits bei den Sonnabend-Verhandlungen in Berlin den Reichsinnenminister Severing als Vermittler angenommen hatten, haben am gestrigen Sonntag nun auch die drei Gewerkschaftsverbände ihre Zustimmung gegeben. Der den freien (sozialistischen) Gewerkschaften angehörende Deutsche Metallarbeiterverband, der bekanntlich noch am Sonnabend eine durchaus ablehnende Haltung einnahm und dadurch auch die Zustimmung der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften hinauszögerte, hat sich erst nach viereinhalbstündiger Beratung mit 25 gegen 14 Stimmen entschließen können, sich Severing als Schlichter zu unterwerfen.

Gleichzeitig hat der Verband eine Erklärung veröffentlicht, in der diese Zustimmung verklausuliert und in Verbindung mit Vorwürfen gegen die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht wird. Die Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Die Aussperrung, von den Unternehmern unter Verletzung des geltenden Rechts vorgenommen, ist ein Kampf gegen die Schlichtungsordnung und ihre Anwendung durch die Regierung, ist ein Kampf gegen das Recht des Staates auf Beeinflussung der Wirtschaft. Daraus ergibt sich für die Reichsregierung die Pflicht, dem Recht und dem Gesetz auch gegen die Unternehmer Geltung zu verschaffen zur künftigen Sicherung des ganzen Rechtslebens. Nicht nur um die im Schiedsspruch ausgesprochene Lohnerhöhung hat der Deutsche Metallarbeiterverband den aufgezwungenen Kampf geführt, sondern zugleich um die Erhaltung dieses öffentlichen Rechtes. (!) Um so mehr mußte seine Aufgabe von der Reichsregierung anerkannt und unterstützt (!) werden.

Die von der Regierung jetzt unternommene Vermittlungsaktion kann als eine Unterstützung des Rechts nicht anerkannt werden. Für die sich notwendigerweise ergebende Folgen für das ganze Rechtsleben lehnt der Deutsche Metallarbeiterverband die Verantwortung ab. Weil der Deutsche Metallarbeiterverband dem in Aussicht genommenen Vermittler, dem Reichsminister Severing, mit dem größten Vertrauen gegenübersteht, steht er sich außer Stande, die Vermittlungsaktion abzulehnen. In dieser Zwangslage wird aber der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der materielle Inhalt des verbindlich erklärten Schiedsspruchs erhalten bleibt."

Reichskanzler Müller hat, als ihm gestern abend der Beschluß des Deutschen Metallarbeiterverbandes offiziell mitgeteilt wurde, sofort dem Reichsinnenminister Severing das Amt des Vermittlers angetragen. **Severing hat sich bereit erklärt, die ihm angetragene Aufgabe zu übernehmen und ist schon am heutigen Vormittag in das Ruhrgebiet abgereist,** um sich mehrere Tage an Ort und Stelle über die Lage zu unterrichten. Der neue Schiedsspruch dürfte kaum vor Ende der Woche zu erwarten sein.

Die Arbeitgebergruppe Nordwest gibt nunmehr in nachstehender Erklärung die Aufhebung der Aussperrung bekannt:

Nachdem die beiden Parteien des bisherigen Arbeitskampfes auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers vereinbart haben, die endgültige Entscheidung über Arbeitslohn und Arbeitszeit dem Herrn Reichsminister Severing zu überlassen, hat der unterzeichnete Arbeitgeberverband unter Aufhebung der Aussperrung beschlossen:

1. Die Betriebe werden wieder eröffnet.

2. Die Einstellung erfolgt nach Maßgabe der Betriebsmöglichkeit.

Durch Anschlag an den Werkstoren bzw. durch persönliche Benachrichtigung sind die Arbeitnehmer im bisherigen Aussperrungsgebiet zur Wiederaufnahme der Arbeit am Dienstag vormittag bei Schichtbeginn aufgefordert worden. Wie uns unser Düsseldorfer r-Korrespondent drahtet, **ist in einem Teil der Betriebe, vornehmlich in den Maschinenfabriken, schon heute morgen mit der Frühschicht die Arbeit wieder aufgenommen worden.** Man rechnet damit, daß die zum größten Teil abgedämpften Hochofenwerke Mitte der Woche wieder in vollen Betrieb kommen werden. Bei den Martinwerken und ähnlichen Betrieben wird es ebenfalls noch etwa 10—14 Tage dauern, bis jener Zustand hergestellt worden ist, der vor der Aussperrung als normale Betriebsmöglichkeit anzusehen war.

Trübe Bilanz der Kommunen im Kampfgebiet.

Nach einer amtlichen Mitteilung bringen die Auswirkungen der Aussperrungen innerhalb des Regierungsbezirks Arnsberg eine schwere finanzielle Belastung der Kommunen mit sich. So zahlten z. B. in der vergangenen Woche die Stadt Dortmund an Unterstützungen im ganzen 380 000 Mark aus, die Stadt Bochum rund 270 000 Mark. Die Gesamtaufwendungen für die 70 000 Ausgesperrten innerhalb des Regierungsbezirks Arnberg belaufen sich pro Woche auf fast 1½ Millionen Mark. Da das Reich aus dem angesetzten Sonderfonds nur 15 Prozent der Gelder zurückerstattet, die gemäß den amtlichen Richtsätzen gezahlt werden, werden die Kommunen auf das äußerste, teilweise über ihre Leistungsfähigkeit, belastet. Die Beendigung des Aussperrungskampfes wird daher von den Gemeinden lebhaft begrüßt, weil sie sonst derart verschuldet wären, daß sie ohne staatliche Mittel aus der Finanzmisere nicht mehr herauskommen können.

Neue Zwischenfälle bei Jugoslawiens Zehnjahrfeier.

Trauer in kroatischen Städten.

TU Agram, 2. Dezember.

In Pakrac fand am Sonntagvormittag die angekündigte Versammlung der bäuerlich-demokratischen Koalition statt, an der über 5000 Anhänger der beiden koalierten Parteien, meist Bauern aus der Umgebung, teilnahmen. Diese wurden auf dem Wege zur Versammlung vielfach von Gendarmen angehalten und nach Waffen untersucht. Einer größeren Gruppe von Anhängern der Koalition stellte sich in der Nähe des Dorfes Kukunjevitschi eine Schar von Anhängern der radikalen Partei entgegen. Es kam zu einem Wortwechsel, der in Tätlichkeiten ausartete, bei dem es auf beiden Seiten Verwundete gab. Vier Personen sollen schwer und zehn leicht verletzt worden sein. In der Versammlung erklärte Dr. Matschek: „Es ist eine bekannte Tatsache, daß Gewaltmenschen die Macht nicht lange in der Hand behalten. Daher ist es auch zu hoffen, daß die Koalition bald den Sieg erringen wird." Der Abgeordnete Dr. Pribitschewitsch, der die Regierung heftig angriff, sagte: „Die österreichisch-ungarische Monarchie hat über mehr Bajonette verfügt als Jugoslawien und mußte dennoch untergehen. Ein Staat kann niemals auf Bajonetten aufgebaut werden, sondern nur auf der Zufriedenheit der Bevölkerung."

In Agram trat gestern Ruhe ein, nachdem die Polizei am Sonnabendabend die Demonstranten auseinandergetrieben und sich auch die Studenten aus der Universität entfernt hatten. Nur am Abend kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen der Menge und der Polizei, wobei ein junger Mann und ein zehnjähriger Knabe durch Schüsse verletzt wurden. Zum Ausdruck der Trauer für die bei den Kundgebungen gefallenen Opfer wehten auf zahlreichen Häusern in Agram, Serajewo, Spalato und Ragusa Trauerfahnen. Viele der Bewohner trugen am Arm Trauerflore.

Die gesamte politische Welt Südslawiens steht unter dem Eindruck der blutigen Ereignisse in Agram. Die Regierung scheint entschlossen zu sein, zu energischen Maßnahmen zu greifen. Innenminister Lasitsch erschien heute König in Audienz und erstattete ihm Bericht über die Lage. In Agram herrschte heute vollkommene Ruhe. Die Straßen sind ganz verlassen. Infolge eines Befehls des Gendarmeriekommandanten zeigten sich heute keine Offiziere oder Soldaten auf der Straße. Die Zahl der Verhafteten wird von der Polizei mit 34 angegeben, unter denen sich auch ein Mädchen befindet.

Kellogg gegen Britten.

Keine Uebermittlung der Antwort Baldwins.

New York, 3. Dezember.

Nach einer Washingtoner Meldung der „Herald Tribune" hat es Staatssekretär Kellogg in seiner gestrigen Unterredung mit dem englischen Botschafter Sir Esme Howard abgelehnt, die Antwortdepesche Baldwins auf die Einladung des Kongreßmitgliedes Britten zu einer englisch-amerikanischen Besprechung über die Seeabrüstung an Britten zu übermitteln. Das Blatt nimmt an, daß die Zustellung der Antwortdepesche Baldwins an Britten überhaupt nicht erfolgen wird; Kellogg begründet dieses damit, daß über außenpolitische Fragen nur von Regierung zu Regierung direkt verhandelt werden könne.

Die Ablehnung Kelloggs wird in englischen Kreisen in erster Linie auf die Stellungnahme des Präsidenten Coolidge zurückgeführt. In London enthält man sich vorläufig, da der Bericht des englischen Botschafters in Washington noch nicht eingegangen ist, jeden Kommentars. In privaten englischen Meldungen aus Washington wird darauf hingewiesen, daß trotz dieses unerfreulichen Zwischenfalles die englisch-amerikanischen Ausgleichsbestrebungen ein Stück weitergekommen seien.

Die letzte Session des 70. amerikanischen Kongresses.

Washington, 3. Dezember.

Heute beginnt die zweite und wahrscheinlich letzte Session des 70. Kongresses, der am 4. März seinen Abschluß findet, falls nicht eine Sondersession einberufen wird. Dieser sehr kurzen Session liegt ein großes Arbeitsprogramm vor, z. B. die Bewilligung des Haushalts für 1930, die Vorlage über den Bau von 15 Kreuzern, die Ratifizierung des Kelloggpaktes sowie die Erörterung des Farmerproblems und der Tarifpolitik.

— **Nachwahl für Bokanowski.** Bei dem zweiten Wahlgang wurde gestern in Asnières bei Paris der Kandidat der republikanischen Konzentration, der sich auch als einen antikommunistischen Kandidaten bezeichnen ließ, Blaeque-Belair, mit 8837 Stimmen gewählt. Der kommunistische Kandidat erhielt 551 Stimmen, der radikale 858.

Bayerns Bedingungen

für die Große Koalition.

Da es bekannt ist, daß der Reichskanzler Müller die Absicht hat, sehr bald nach Vereinigung des Ruhrkonfliktes und nach Beendigung des Zentrumsparteitages einen konzentrierten Versuch zur Herstellung der Großen Koalition zu machen, rüsten sich die Parteien, die dafür in Betracht kommen, um zu programmatischer Stellungnahme zu gelangen. Die Bayerische Volkspartei hat in der vorigen Woche einen Parteitag abgehalten, an dessen Schluß gestern die Richtlinien der Partei für die Beteiligung ihrer Fraktionen an einer Koalition im Reich und in Bayern festgelegt wurden. Diese Richtlinien enthalten so scharf formulierte Bedingungen, daß sie bei den kommenden Koalitionsverhandlungen im Reich ohne Zweifel eine Rolle spielen werden. Es wird verlangt, daß die Integrität der Länder unbedingt anerkannt und aufrecht erhalten bleibe, daß die „Aushungerungs- und Aushöhlungspolitik" zu bekämpfen sei, daß die Rechtsansprüche Bayerns, die sich aus verschiedenen Verträgen und Gesetzen ergeben, durch die Reichsregierung „endlich anerkannt und die Zinszahlungen durchgeführt" werden. Eine Verschlechterung des Finanzausgleichs für die Länder sei ausgeschlossen — es sei im Gegenteil eine Verbesserung anzustreben. Das System der Fondsverwaltungen des Reiches sei grundsätzlich zu beseitigen, in der Frage der Reichsreform sei auf eine Einigung auf der Grundlage der bayerischen Denkschriften hinzuarbeiten, die Steuervereinheitlichungsgesetze werden mit aller Entschiedenheit abgelehnt und es wird in den Richtlinien erneut die Forderung auf Rückgabe der Steuerhoheit an die Länder gestellt.

Auch im Zentrum bereitet man sich auf den bevorstehenden Reichsparteitag vor und betont dessen Bedeutung im Hinblick auf die innenpolitische Lage des Reiches. Ein neuer Vorsitzender wird zu wählen sein und die Partei muß die Einstellung zu den Verhandlungen über die Große Koalition finden. Schon jetzt sieht man, daß die sozialdemokratische Forderung, man solle zunächst die Große Koalition herstellen und dann über das Programm reden, nicht erfüllt werden wird, denn das Zentrum scheint gerade auf vorherige programmatische Klärung der Koalitionsgrundlagen besonderes Gewicht zu legen. In einem Leitartikel der „Germania" zum Reichsparteitag wird in bemerkenswerter Form das weltanschauliche Element vor die materielle Betrachtungsweise der Politik gestellt. Man kann also erwarten, daß besonders kulturpolitische Forderungen des Zentrums eine Rolle bei den Verhandlungen über die Große Koalition spielen werden.

Bayern am Scheidewege.

Von unserem Münchener Korrespondenten.

Dr. E. S. München, 2. Dezember.

Der vom Bayerischen Finanzminister dem Landtag vorgelegte Haushalt für das Jahr 1929 schließt mit einem Fehlbetrag von 44 Millionen Mark ab. In einer Zeit staatlicher Unterbilanzen, wie sie im Deutschen Reich nachgerade an der Tagesordnung sind und in einer Zeit steigender Tributpflicht gegenüber einem infolge der Kriegsschuldlüge unerbittlichen Ausland kaum verwunderlich erscheinen, könnte man über diesen ohne Zweifel ungeheuerlichen Fehlbetrag zur Tagesordnung übergehen. In den Tagen aber, da die Unterausschüsse der Berliner Länderkonferenz über Einzelheiten der künftigen Neugliederung des Reiches beraten und gleichzeitig im Süden, vor allem in Bayern, der Widerstand gegen den Grundsatz des absoluten Einheitsstaates wächst, bekommt erwähnter Fehlbetrag ein besonders bedeutungsvolles Gesicht, denn er trägt nicht dazu bei, Bayerns Argumente für seine Eigenstaatlichkeit zu festigen. Da ist es bemerkenswert, das Echo der Eindrücke der großen Finanzrede des Ressortministers auf die Abgeordneten des bayerischen Parlaments zu vernehmen, um die Verschiedenheit der Gesinnung zu diesen Fragen zu erkennen.

An Bismarcks Wort von Chamade und Fanfare, wenn auch im umgekehrten Sinne, gemahnte die Eröffnung der allgemeinen Aussprache im Bayerischen Landtag durch den Abgeordneten Dr. Schäffer, den Sprecher der Bayerischen Volkspartei, als er zu begründen versuchte, mit welchen Mitteln die Volksvertretung den Kampf um „Recht und Selbstbestimmung des bayerischen Staats" zu führen habe. Seine Rede war ohne Zweifel gewissenhaft verliert, die Zahlen gründlich belegt, auch da, wo der Redner von den für Verreichlichung von Eisenbahn und Post seitens des Reichs bisher nicht eingehaltenen finanziellen Verpflichtun-